

Neubau eines Gemeindeamtes – ÖVP und IGZ verlassen die Gemeinderatssitzung vorzeitig



Liebe Zurndorferinnen, liebe Zurndorfer!

Bei der Gemeinderatssitzung am 22. Juni 2023 sollte unter Tagesordnungspunkt 2 die „NEUERRICHTUNG EINES GEMEINDEAMTES – BAURECHTSVERTRAG/MIETVERTRAG“ behandelt werden. Bereits zu Beginn der Sitzung war für die SPÖ scheinbar klar, dass es mehr als eine Diskussion sein soll. Eine Neuerrichtung des Gemeindeamtes sollte bereits - **ohne konkrete Planung und Finanzierungskonzept** -in dieser Sitzung beschlossen werden.

Begründet wird die Notwendigkeit eines neuen Gemeindeamtes am Standort in der Oberen Hauptstraße 39 („ehemaliger Postverteiler“) durch die SPÖ wie folgt:

- Keine Barrierefreiheit
- Komplettsanierungsbedürftiges Gebäude (kaputte Bausubstanz)
- Sanierungskosten des derzeitigen Gemeindeamtes: rund 2 Mio. Euro

Fragwürdig ist die Aussage der SPÖ, dass das sanierungsbedürftige Gemeindeamt ohne großen weiteren finanziellen Aufwand an weitere Interessenten vermietet werden kann.

Kosten und Finanzierung:

Die **Errichtungskosten** (ohne Inneneinrichtung) des geplanten Gemeindeamtes belaufen sich auf rund **3,3 Mio.** Euro (Grobkostenschätzung). Errichter und Vermieter des Gemeindeamtes soll die Projekt-Entwicklung-Burgenland (PEB) sein. Die Mietkosten betragen rund 14.000,00/Monat. Erst nach 25 Jahren geht das Objekt in das Eigentum der Marktgemeinde Zurndorf über.

Somit würde das Budget der Marktgemeinde Zurndorf **zusätzlich** zum Feuerwehrhaus mit Mietkosten in Höhe von rund 170.000,00 Euro/Jahr auf 25 Jahre belastet werden. Daraus ergeben sich aus jetziger Sicht **Gesamtmietkosten für diese beiden Objekte in Höhe von rund 315.000,00/Euro/Jahr auf 25 Jahre (insgesamt rund 7,5 Mio. € Errichtungskosten).**

Auch wenn das bestehende Gemeindeamt vor ca. 10 Jahren durch einen Zubau und neuem Dach um mehr als 400.000,00 Euro saniert wurde, spricht aus Sicht der ÖVP und IGZ (FPÖ war bei der Sitzung nicht anwesend) nichts gegen einen Neubau, doch muss die Finanzierung auf 25 Jahre gesichert sein.

Die Kommunalabgaben (d.s. die Abgaben der Zurndorfer Betriebe an die Gemeinde), die sich derzeit auf rund 450.000,00 Euro pro Jahr belaufen, sollten dabei nicht die wesentlichste Grundlage der Finanzierung sein. Zumal die Gemeinde auch fixe Personalkosten in Höhe von mehr als einer Million Euro pro Jahr hat.

Wie wir aus der Vergangenheit wissen, können bestehende Betriebsstandorte („Enercon“) verlagert werden und auch Insolvenzen sind aufgrund der aktuellen gesamtwirtschaftlichen Lage leider keine Seltenheit.

Seitens der IGZ und der ÖVP wurden daher folgende Anträge eingebracht:

Vertagung der Entscheidungsfindung, um

- eine Finanzierungsplanung (kurzfristige, mittelfristige und langfristige mit allen möglichen Ausfallsszenarien) durch ein unabhängiges Wirtschaftsprüfungsunternehmen zu machen und
- eine Informationsveranstaltung für die Bevölkerung, deren Steuergeld hierfür verwendet wird, vor einer Beschlussfassung, abzuhalten.

Die SPÖ hat mit absoluter Mehrheit diese Anträge abgelehnt. Die IGZ und die ÖVP kann es gegenüber der Bevölkerung nicht vertreten, einer derartig weitreichenden großen finanziellen Belastung für die Gemeinde Zurndorf ohne konkrete Finanzplanung zuzustimmen. Trotz Prüfung durch das Land Burgenland beharrt die IGZ und die ÖVP auf eine Prüfung durch ein unabhängiges Wirtschaftsprüfungsunternehmen. Die SPÖ ist absolut nicht gesprächsbereit und schließt jegliche weitere Finanzprüfung aus.

Daher hat die ÖVP und die IGZ die Gemeinderatssitzung vorzeitig verlassen, um der SPÖ eine Nachdenkpause zu geben. Für eine Beschlussfassung ist die Anwesenheit von mindestens 2/3 der Gemeinderäte erforderlich. Die Sitzung musste abgebrochen werden. Innerhalb von vierzehn Tagen hat der BGM eine neue Sitzung einzuberufen. Wir hoffen, dass wir den Bürgermeister und die SPÖ mit unserem Schritt dazu bewegen können, trotz absoluter Mehrheit konstruktive Gespräche mit allen im Gemeinderat vertretenen Fraktionen zu führen, und GEMEINSAM auf eine für Zurndorf befriedigende Lösung zu kommen. Machtspiele einer SPÖ mit absoluter Mehrheit sollten dabei keinen Platz haben.

Wir stehen NICHT für derart große Investitionen ohne Absicherung. Wir agieren NICHT getreu dem Motto „Koste es was es wolle!“. Wir wollen, dass sich Zurndorf auch in Zukunft noch etwas leisten kann. Wir sind bereit konstruktiv, mit Konzepten und Plänen, und vor allem zukunftsweisend gemeinsam mit der Bevölkerung zu planen.

Ihre Gemeinderäte der ÖVP und der IGZ